



# GÜNTER RUDOLPHS NEWSLETTER

- Aktuelles aus dem Hessischen Landtag -  
Oktober 2015

Seite 1

## Flüchtlingssituation in Hessen und im Schwalm-Eder-Kreis

### GEMEINSAME KRAFTANSTRENGUNGEN NOTWENDIG

Für den richtigen Umgang mit der Flüchtlingskrise sind zweifellos gemeinsame Kraftanstrengungen und die richtige Prioritätensetzung notwendig. Thorsten Schäfer-Gümbel hat es angesichts der jüngsten Flüchtlingsdebatte im Landtag treffend formuliert: „Im Mittelpunkt muss stehen, den Menschen, die häufig unter Lebensgefahr zu uns geflohen sind, einen sicheren Hafen zu bieten.“

Gleichzeitig müssen wir auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen. Auch die gewaltsamen Vorfälle in Calden und anderen Unterkünften müssen Konsequenzen haben und geahndet werden. Konflikte erwachsen oft aus der Enge und der Überbelegung der Unterkünfte. Die Landesregierung muss Sorge tragen, dass die Unterbringungskapazitäten nicht weiterhin um ein vielfaches überschritten werden und die Bereitstellung fester Quartiere voranbringen, anstatt Zeltlager als Dauerprovisorium für Flüchtlinge zu etablieren. Eine Unterbringung in Zelten ist auf Dauer, gerade im Winter, die falsche Lösung. Zudem ist es dringend nötig, den Kommunen für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen endlich ausreichende Pauschalen zu zahlen, um sie nicht mit den Mehrkosten alleine zu lassen. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen dürfen auf keinen Fall gegeneinander ausgespielt werden, in dem etwa aus finanziellen Gründen andere kommunale Leistungen zu Gunsten der Flüchtlingshilfe gestrichen werden.

Zur Zeit erleben wir eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft. Zahlreiche ehren- und hauptamtliche Helferinnen und Helfer sind unermüdlich,

Tag und Nacht im Einsatz, um die vielfältigen Aufgaben anzupacken und Menschen in Not eine helfende Hand zu reichen. Sie sind das Rückgrat der Flüchtlingsarbeit in diesen Monaten. Sie haben in den vergangenen Wochen Deutschland ein freundliches und warmherziges Gesicht gegeben. Ihnen gilt ein besonderer Dank für ihr Engagement.

### SPD FORMULIERT ANFORDERUNGEN AN DAS LAND

Die SPD-Fraktion hat zur Flüchtlingsdebatte einen Antrag im Landtag eingebracht. Folgende Ansprüche werden darin als zentrale Forderungen an die Landespolitik formuliert:

- Erstaufnahme in festen Quartieren, da Zeltstädte gerade im Winter nicht akzeptabel sind. Die Prüfung möglicher Standorte muss zügig zu Ergebnissen führen.
- Das Land muss den Kommunen für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen endlich auskömmliche Pauschalen zahlen.
- Mehrausgaben der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen müssen ohne Kompensation an anderer Stelle möglich sein.
- Mehr Unterstützung des Landes für Kommunen mit Erstaufnahmeeinrichtungen, insbesondere bei Infrastruktur und Sicherheit.
- Verbindliche Standards für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.
- Die Kommunen müssen über die Zuweisung von Flüchtlingen – auch in der Notaufnahme – rechtzeitig, umfassend und verlässlich informiert werden.

## FAKTEN ZUR FLÜCHTLINGSITUATION IM SCHWALM-EDER-KREIS

Momentan leben etwa 1550 Asylbewerber und Flüchtlinge im Schwalm-Eder-Kreis, sowie ca. 120 unbegleitete Minderjährige. Es gibt derzeit 10 Gemeinschaftsunterkünfte die sich - mit Ausnahme von Niedenstein - überwiegend im südlichen Kreisteil befinden. Die Wohnungen verteilen sich fast über das gesamte Kreisgebiet. Die Aufnahmequote für den Kreis wird nach dem Landesaufnahmegesetz per Rechtsverordnung durch die Landesregierung festgelegt. Derzeit kommen wöchentlich etwa 50 Personen in den Kreis, im Vorjahr waren es etwa 15 Personen wöchentlich. Gerechnet wird nun mit einem Anstieg auf 80 – 100 Personen. Hauptherkunftsländer sind Syrien, Irak, Afghanistan, Somalia, Eritrea, Algerien, Äthiopien und die Balkanländer. Nach dem Konzept des Schwalm-Eder-Kreises soll eine Unterbringung der Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften nicht zur Dauerlösung werden. Personen, die eine gewisse Zeit in einer Gemeinschaftsunterkunft gelebt und sich bereits orientiert haben (Erlernen der Sprache, Kennenlernen der Kultur etc.), werden in Wohnungen untergebracht. Wichtig ist bei auch die ausgewogene Verteilung innerhalb des Kreises, genau so wie eine kostendeckende Pauschalerstattung durch das Land Hessen. Die aktuelle Pauschale des Landes beträgt pro Flüchtling 601,48 EUR. Diese ist nicht auskömmlich. Das Defizit beträgt daher aktuell ca. 3,1 Mio. EUR.

**Marode Straßen, keine neuen Radwege**

## LANDESREGIERUNG MACHT SANIERUNGSOFFENSIVE ZUR FARCE

Nicht nur der Straßenbau wird unter der Verantwortung der schwarz-grünen Landesregierung in bisher nie dagewesenem Umfang zusammengestrichen – auch der Radwegeausbau im Schwalm-Eder-Kreis ist nach ihren Plänen bis zum Jahr 2022 komplett eingestellt. Dass sich die Verantwortlichen für diesen Unsinn auch noch selbst loben, macht umso mehr sprachlos. Leidtragende sind wie immer die Bürgerinnen und Bürger, während der grüne Koalitionspartner, allen voran Wirtschaftsminister Al-Wazir bemüht ist, den verantwortungslosen Investitionsstillstand als Sanierungsoffensive zu verkaufen. Dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen und Straßenneubauten sind damit vorläufig auf Eis gelegt. Örtliches Beispiel: Der Ausbau der L3221 Edermünde Ortsteil Grifte, für deren Instandsetzung 2007 schon 700.000 EUR vorgesehen waren, ist nun auch aus dem Landesstraßenbauprogramm verschwunden. Wer so plant, betreibt Raubbau an der Verkehrsinfrastruktur in Hessen.

**...und noch etwas:**

Abermals fällt der CDU-Rechtsaußen im Landtag, Hans-Jürgen Irmer mit Hetzparolen auf und schürt bewusst falsche Ängste in der Bevölkerung. Es wird höchste Zeit, dass die CDU-Fraktion diesem verantwortungslosen Spiel ein Ende und Herrn Irmer vor die Tür setzt!

Viele Grüße aus Wiesbaden, Euer


